



**Zusammenfassung zum Bericht des Vorsitzenden, Lutz Goebel,
zur Arbeit des Nationalen Normenkontrollrats
für die 102. Sitzung des Rechtsausschusses am 15.05.2024**

1. Bürokratie und zukunftsfähiger Staat sind ein entscheidender Standortfaktor.
2. Der laufende Erfüllungsaufwand für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung ist in den vergangenen beiden Berichtszeiträumen so stark gestiegen wie nie zuvor seit Aufzeichnungsbeginn im Jahr 2011 (2021/22: +6,7 Mrd. Euro; 2022/23: +9,3 Mrd. Euro).
3. Die Bürokratiekosten, die eine Teilmenge des Erfüllungsaufwands darstellen (= klassischer Papierkram), betragen derzeit insgesamt rund 65 Mrd. Euro/Jahr. Die Bürokratiekosten konnten seit 2011 stabil gehalten, aber nicht weiter abgesenkt werden.
4. Das aktuelle Entlastungspaket – insbesondere aus Bürokratieentlastungsgesetz IV, Anhebung der KMU-Schwellenwerte im Handelsgesetzbuch sowie dem Wachstumschancengesetz – bringt Entlastungen von rund 3 Mrd. Euro/Jahr. Das reicht aber nicht aus, um das Niveau der Bürokratiekosten spürbar zu senken.
5. Der NKR schlägt als mittelfristiges Ziel für den Bürokratieabbau vor, die Bürokratiekosten innerhalb von vier Jahren um 25 % abzubauen (16 Mrd. Euro bzw. 4 Mrd. Euro/Jahr).
6. Für eine systematische Bürokratievermeidung besteht mit der „One in One out“-Regel bereits ein geeignetes Instrument. Allerdings hat die Regel zu viele Ausnahmen und bildet die Realität nicht gut ab. Der NKR spricht sich für eine Verschärfung aus (EU-Richtlinien, Einmalaufwand, Bürger- und Verwaltungsaufwand einbeziehen).
7. Als Säule II des Bürokratieabbaus müssen qualitative Instrumente der Besseren Rechtsetzung verstärkt berücksichtigt werden. Das heißt: Digital- und Praxischecks sowie Evaluierung von Gesetzen breiter, frühzeitiger und intensiver einsetzen.
8. Verwaltungsqualität beachten: Neben der Regulierungsqualität ist auch die Leistungsfähigkeit und Digitalisierung der Verwaltung entscheidend für effektiven Bürokratieabbau. Onlinezugangsgesetz und Registermodernisierung müssen mit Priorität vorangebracht werden.
9. Strukturelle Überlegungen anstellen: Es bedarf einer breiteren Debatte über die Organisation und Aufgabenverteilung innerhalb Deutschlands, um Entscheidungswege zu verkürzen, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und Automatisierungspotentiale zu heben.
10. Parlamentarische Unterstützung: Hilfreich wäre ein Signal aus dem Bundestag, um eine Schärfung der „One in One out“-Regel und den systematischen und frühzeitigen Einsatz von Digital- und Praxischecks in der Gesetzgebung zu verstärken.